



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

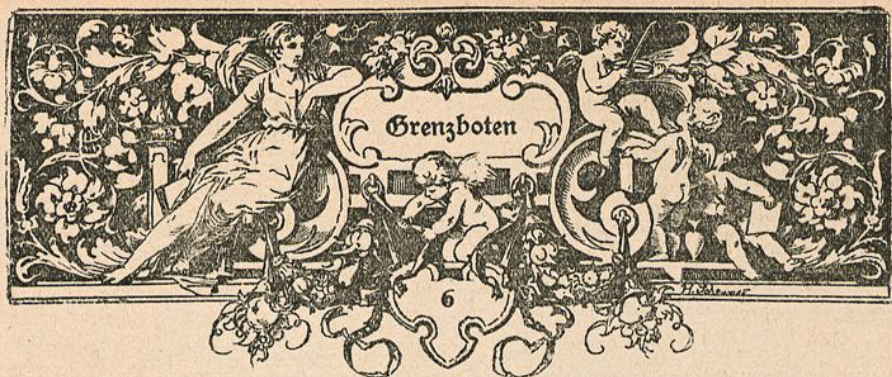
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, Georg: Österreichisch-ungarische Kriegszielpolitik

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Österreichisch-ungarische Kriegszielpolitik

Von Georg Kleinow



In Brest-Litowsk verhandeln der deutsche und der österreichisch-ungarische Minister in einer Einmütigkeit über die Sicherung unserer Ostgrenze, d. h. über ein in erster Linie reichsdeutsches Kriegsziel, daß man annehmen sollte, es bestehe zwischen beiden auch volle Übereinstimmung über die Gesamtheit der Kriegsziele der Verbündeten überhaupt. Daneben wissen wir bestimmt, daß in einer Frage, die eben hierdurch zu einer Hauptfrage des Friedensabschlusses werden konnte, von einer völligen Übereinstimmung nicht die Rede sein kann: in der Polenfrage. Dieser Zustand ist nicht geeignet, uns in Ruhe über die Gestaltung der Friedensgrundlagen im allgemeinen und der östlichen Grenzsicherungen im besonderen zu wiegen, weil die geschichtliche Entwicklung Deutschlands, die eine Fortsetzung derjenigen Preußens ist, die Bedeutung der Polenfrage für uns ganz anders gestaltet hat, wie für unsere Verbündeten von der Donau. Außerdem sind in den letzten Wochen Verhältnisse zutage getreten, die es schwer machen zu übersehen, wohin eigentlich die Gesamtpolitik unseres größten Verbündeten steuert und in welcher Richtung sowie in welchem Umfange wir aus praktischen Erwägungen heraus gezwungen sein könnten, den Interessen unserer Bundesgenossen den Vortritt vor den unseren lassen zu müssen. Wenn Gustav Stolper die polnische Frage jüngst als die Lebensfrage der Monarchie schlechthin*) bezeichnen zu müssen glaubte und ausführen kann, der Krieg habe für die Monarchie als südslawischer begonnen, habe sich aber zum nordslawischen gewendet**), so sind das Auffassungen, die jenen Gedankengängen entsprechen und uns aufhorchen machen. Nicht eben beruhigend muß auch die immer deutlicher an die politische Oberfläche tretende Tatsache wirken, daß im habsburgischen Lager eine Spaltung zwischen Österreich und Ungarn von einer solchen Tiefe sich ausgetan hat, daß die sonst in ähnlichen Fragen sehr zurückhaltende Presse Wiens offen darauf hinweist und Freiherr von Clumecky in der „Österreichischen Rundschau“***) persönlich sowie durch mehrere

*) „Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung“ III. Jahrg. Heft 3 S. 46.

**) ebenda Heft 4 S. 64.

***) Heft 6 v. 15. Dez. 1917: „Unteilbar und untrennbar“.

Mitarbeiter*) Alarm schlägt. Dazu hören wir den ungarischen Abgeordneten Heinrich Freiherr von Guttmann über „Mitteleuropa“, ein von zahlreichen Österreichern und Reichsdeutschen doch mit großer Wärme vertretenes Kriegsziel, sagen: Dies „sonderbare Projekt“ sei ungeachtet der aufrichtigsten Waffenbrüderschaft mit Deutschland in Ungarn . . . „nie auch nur einen Augenblick populär“ gewesen, „und zwar aus dem Grunde nicht, weil Ungarn infolge des . . . von seiten des Verbündeten kommenden stärkeren äußeren Druckes sein gutes Verhältnis zu Österreich gefährdet sähe.“**)

Ein solcher Zustand zwingt uns förmlich, uns davon Rechenschaft zu geben, wo die anscheinend doch recht weit auseinanderstrebenden Ziele unserer Bundesgenossen liegen und ob und wie eine Verständigung über sie zu finden ist. Es handelt sich bei den angedeuteten Abweichungen nicht nur um Parteimeinungen, wie sie etwa bei uns bestehen zwischen der Vaterlandspartei und der Sozialdemokratie, sondern um die Ansprüche von Staaten, die durch staatliche Organe vertreten und durchgeführt werden können. Leicht ist die Arbeit, ein Bild vom angestrebten und erreichbaren zu geben, nicht, da eine eigentliche Kriegszielliteratur, wie sie bei uns im Reich seit Freigabe der Kriegsziele durch die Zensur ins Kraut schoß, in der Donaumonarchie kaum vorhanden ist; man muß sich die Kriegsziele Österreichs und Ungarns aus der Literatur zusammenstellen, die über Einzelprobleme der inneren und äußeren Politik schon aus der Zeit vor dem Kriege vorhanden oder, wie die ganze Literatur über „Mitteleuropa“***), den österreichisch-ungarischen Ausgleich †), das Südslawische Problem ††), die Adriafrage †††), das Donauproblem und andere Dinge neu entstanden ist. Heinrich Friedjung, Paul Samassa, Richard Charmatz, Karl Renner, Gustav Stolper, Robert Sieger und andere, sowie die erwähnte „Österreichische Rundschau“ (Wien), und G. Ullmanns „Deutsche Arbeit“ (Prag) sind dabei zuverlässige Führer.

*) Heft 3 v. 1. Nov. 1917: „Politische Umgestaltungen in Ungarn“ von Reichstagsabgeordneten Emil Neugeboren; Heft 4 vom 15. Nov. 1917: „Der neueste Bekerle“ von E. Treumund; Heft 2 v. 15. Jan. 1918: „Viribus unitis“ von E. Treumund.

**) „Österreichische Rundschau“, Heft 5 vom 1. Dez. 1917 S. 197: „Österreich und Ungarn“.

***) Näheres s. Heft 2 vom 9. Jan. 1918 der „Grenzboten“ in meinem Leitartikel.

†) Dr. Ivan Solger, „Der staatsrechtliche Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn“ Leipzig 1911. Verlag von Duncker u. Humblot. XIII und 354 S. Preis 9 M.

Dr. Rudolf Sieghart „Zolltrennung und Zollfreiheit, die Geschichte der österreichisch-ungarischen Zwischenzolllinie“; nach den Akten dargestellt. Wien 1915. Manzsche, K. u. K. Hof-Verlags- und Universitäts-Buchhandlung. VII und 413 S. Preis 12 Kronen ö. W.

††) Leopold Mandl. „Die Habsburger und die serbische Frage“. Geschichte des staatlichen Gegensatzes Serbiens zu Österreich-Ungarn. Wien 1918. Verlag von Moritz Perles K. und K. Hofbuchhandlung. 197 S.

Slavicus. „Österreich-Ungarn und die südslawische Frage“. Verlag von Ferd. Wyß, Bern 1917.

Theodor von Sosnowsky. „Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866.“ 2 Bde. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart 1918/14.

†††) L. Freiferr v. Ehlmeckh, „Österreich-Ungarn und Italien, das westbalkanische Problem und der Kampf um die Adria“. II. Auflage. Verlag von Deuticke, Wien 1907.

Als im Sommer 1914 Österreich-Ungarn in den Krieg gegen Serbien gerissen wurde*), aus dem sich der noch immer tobende Weltkrieg entwickelte, schien es kein anderes Kriegsziel zu haben, als die Züchtigung der Serben und die Schaffung von Sicherheiten an seiner Südgrenze. Als dann im September desselben Jahres die Russen vor Krakau standen und ihre Friedensfühler nach Wien ausstreckten, mag es manchen guten Patrioten an der Donau gegeben haben, der sich die Frage vorlegte, ob denn das bescheidene Kriegsziel die Fortsetzung des Krieges an der Seite des inzwischen von Frankreich und England angefallenen Deutschland und die damit verbundenen Opfer an Gut und Menschenleben rechtfertigte. Italien war noch nicht offen auf die Seite der Feinde übergegangen. Die Kriegspartei gewann die Oberhand zum Heile Österreich-Ungarns! Nicht die Treue zum Bundesgenossen, — das klingt sehr hübsch in Zeitungsartikeln und Parlamentsreden, ist aber nur für den Spießer berechnet — sondern die hohe Auffassung von Habsburgs Mission bei den leitenden Männern in Wien hat die Entscheidung finden helfen. Deutschlands Weltgeltung ist die Voraussetzung für die Entscheidung über die Frage ob Österreich-Ungarn selbst durch die Adria und das Mittelmeer zur Teilnahme an der Weltpolitik berufen sein soll oder nicht, was wieder die Vorbedingung dafür ist, daß der Staat eine seiner historischen Mission im Südosten entsprechende Daseinsform findet. Deutschland mußte nur bereit sein, die Durchführung dieser Mission möglich zu machen; um den Preis der Bereitschaft konnte es denn auch Habsburg übernehmen, trotz warnender Stimmen für Deutschlands Weltgeltung einzutreten und Opfer zu bringen. Eine andere Entscheidung hätte vielleicht dem Kriege ein schnelleres Ende bereitet, aber Österreich-Ungarn wäre, seiner Aufgaben beraubt, aus dem Mangel einer Daseinsberechtigung zerfallen. Dies ist der Rahmen für jedes Bild über die österreich-ungarischen Kriegsziele.

Nun klingt es hart, wenn nicht gar anmaßend, von eines Reiches Daseinsberechtigung zu sprechen, das in so schweren Stunden beweisen konnte, wozu es da ist. Aber es sind ja die Österreicher selber, die uns immer wieder durch ihre Gelehrten und Schriftsteller zu dieser Frage führen. Aus dem Unbehagen, das die Unfertigkeit des Staatsbaues verbreitete, entsteht sie.

„Ich lebe, darum bin ich!“ Dies stolze Römerwort, das ein polnischer Denker anwandte, als er den Grund für die Daseinsberechtigung seiner Nation angeben wollte, möchte ich unseren Bundesgenossen zurufen, wenn ich die Bemühungen sehe, mit denen Österreicher die Daseinsberechtigung der Habsburgischen Doppelmonarchie glauben nachweisen zu müssen. Es kommen dabei recht wunderbar anmutende Dinge zum Vorschein, die wohl nur dem ohne weiteres verständlich sind, der den ganzen niederdrückenden Pessimismus gesehen hat, der auf Deutsch-Österreich vor dem Kriege lastete und der in Rechnung zu stellen weiß, was Wien als Kultur- und Ausgleichszentrum für die Monarchie und seine Völker bedeutet. So macht der Wiener Geograph Hanslik den Versuch**), die Erbober-

*) Österreich-ungarisches Rotbuch. Volksausgabe, Manzsche K. u. K. Hof-Verlags- und Universitäts-Buchhandlung, Wien 1915.

**) Erwin Hanslik, 1. „Österreich, Erde und Geist“, 2. „Österreich als Naturforderung“, beides im Verlag des Instituts für Kulturforschung, Wien 1917, 3. „Die neue Weltkultur-gemeinschaft, der Weg des Slaventums zur neuen Weltkultur“, bei F. Bruckmann, K. G.

fläche mit geographisch bestimmten Kulturgebieten zu überziehen, aus denen dann im Laufe der Jahrtausende sich der Oesterreichisch-Ungarische Staat, wie er als Groß-Habsburg nach dem Kriege aussehen würde, als modernster Typus des Völkerstaates sich entwickelte. Herr Hanslik führt seine weit hergeholtten Gründe für die Notwendigkeit des Bestehens Oesterreich-Ungarns im neutralen Auslande mit großem Ernst spazieren und wir's — mißverstanden. Oesterreich-Ungarn lebt, darum ist es! Aber der Staat ist weder innerlich noch äußerlich abgeschlossen — es ist ein werdender Staat, in dem die Kräfte nach Gestaltung ringen. Die Frage, die der Politiker und Staatsmann zu stellen hat, ist darum eine andere: wird es sich, so wie es ist, halten können, inmitten des Drucks, der entstanden ist durch den Weltkrieg und die russische Revolution? Welche staatsrechtliche Formen muß es annehmen, um den neuen Verhältnissen gewachsen zu sein? Und schließlich: wie muß sich sein Verhältnis zu den Nachbarn gestalten? Staaten leben und haben Daseinsberechtigung, so lange sie eine weltgeschichtliche Aufgabe erfüllen, trivialer ausgedrückt: solange sie völkische Rohstoffe kulturell zu verarbeiten vermögen. Polen ist untergegangen, weil es mit der kulturellen Erneuerung des Mittelalters, die ihm über Deutschland gebracht wurde, nichts anderes anzufangen wußte, als die dünne Schicht der Schlachta in ihrem Egoismus zu zivilisieren. Oesterreich-Ungarn müßte untergehen, wenn es darauf verzichten wollte, die moderne Methode der Arbeit an der Gesellschaftsbildung den sozial unentwickelten Völkern im Südosten Europas zu vermitteln. Es wird vor dem Untergange bewahrt bleiben, nicht weil etwa die geographische Lage der in Frage kommenden Gebiete eine günstige ist, sondern weil Millionen Gebildete in ihm die große weltgeschichtliche Aufgabe richtig erkannt haben und bereit sind, die Gunst der geographischen Verhältnisse nach Kräften zu nützen. Es wird sich die Durchführung seiner Aufgabe erschweren, wenn es Gebiete in seinen Einflußbereich zu ziehen bestrebt sein wird, die bereits eine Eigenentwicklung ausgesprochener Richtung haben oder unter dem Kultureinfluß politisch stärkerer Mächte stehen. Daß wirtschaftlicher und nationaler Egoismus ebenso wie Herrschsucht und Verblendung, alte Neigungen und junger Haß sich dem Wollen entgegenstellen und daß die historisch gewordenen staatsrechtlichen Verhältnisse in der Monarchie gerade die reaktionären Strömungen stärker wirken lassen, als die bewußten Kulturpioniere es wünschen, ist auch kein Grund zum Verzagen. Ihre Widerstände sind historische Notwendigkeiten, die es zu überwinden gilt. An ihnen verfeinert sich in einem gesunden Staatswesen die politische Technik, aus ihnen bildet sich als Resultante aller Kräfte der zielsichere Staatswille, der seinen sichtbaren Ausdruck findet in den Bahnen, die seine auswärtige Politik geht.

Die Bahnen der auswärtigen Politik Habsburgs waren seit seinem Ausscheiden aus dem deutschen Bunde und seiner Verständigung mit dem jungen Deutschen Reich als katholische Vormacht im Südosten des Erdteils bestimmt durch die Notwendigkeit, das Mittelmeer an der Adria zu gewinnen, sowie zur Sicherstellung des Zugangs dazu entsprechende Gebiete auf dem Nordwestteil der

München 1916. Hanslik kommt u. a. zu dem politisch für Habsburg recht erfreulichen Ergebnis, eines „Donaublocks“, der, abgesehen vom Donaugebiet selbst, die Balkanhalbinsel ohne Griechenland, sowie Schlesien, Posen, Westpreußen und Kongreßpolen, also das Stromgebiet der Weichsel, umfaßt!

Balkanhalbinsel unter seinen Einfluß zu bringen. Der Schwächezustand der Türkei und die ungesicherten staatlichen Verhältnisse auf dem Balkan reizten darüber hinaus auch gegen Saloniki vorzustößen und das Ägäische Meer zu erreichen. Solche Zielsetzungen mußten den Gegensatz zu Rußland auch dann neu heraufzuführen, wenn er nicht schon Erbteil aus früheren Epochen gewesen wäre.*) Der Gegensatz zu Rußland wiederum bedingte Osterreich-Ungarns stärkere Anlehnung an das Deutsche Reich, trotz Königrätz und gegen die Wünsche bestimmter klerikaler und feudaler Kreise am Wiener Hofe, die auch in der Gegenwart noch wirken.**) Ihr Widerstand war dann die Veranlassung, daß das von Rußland in erster Linie bedrohte Ungarn in der Zweibundpolitik die Führung auf Habsburgs Seite übernehmen konnte.

So wenig auch der klerikalf feudale Einfluß der breiten Öffentlichkeit zum Bewußtsein kam, hat er doch große und unheilvolle Wirkungen ausgeübt. Denn ihm ist es wohl im letzten Grunde zuzuschreiben, wenn Osterreich nicht gleich Ungarn entschlossen den Weg zum straff zentralisierten Nationalstaat unter der Vorherrschaft des Deutschtums betrat, sondern sich ziemlich eilig zum Nationalitätenstaat mit seinen Schwächen umwandelte. Die den Deutschliberalen zum Vorwurf gemachte Absage an die Balkanpolitik im Jahre 1876 ist für die Krone wohl mehr äußerer als innerer Anlaß gewesen, einer sich auf das Deutschtum stützenden Politik endgültig den Rücken zu kehren. Die abgelaufenen vierzig Jahre können gekennzeichnet werden als die Epoche des Versuchs, ein österreichisches Staatsvolk zu schaffen, das an Stelle der Deutschen Träger der Habsburgischen Ideen werden würde. Der Krieg hat Habsburg auf dem Höhepunkt des aus dem Versuch hervorgegangenen Nationalitätenkampfes überrascht und wenn es trotzdem nicht zu einer Katastrophe gekommen ist, so sollte die Monarchie dafür in erster Linie dem Deutschtum Dank wissen.

Aus der Entwicklungsgeschichte des Habsburgerstaates heraus waren und sind in Osterreich die Deutschen die nächsten zum Thron. Sie begannen von dem Augenblick an ins Hintertreffen zu geraten, als nach 1866 die großdeutsche Bewegung das Entstehen einer deutschen Irredenta auf österreichischem Boden möglich werden ließ und Kaiser Franz Josef glaubte, sich im Rahmen der Verfassung nach anderen Stützen für seinen Staat umsehen zu müssen. Damals boten sich in erster Linie die Polen in der konservativen Stanczyken-Partei; ihnen wird das Deutschtum in Galizien in dessen Beamtschaft geopfert. Vierzig Jahre später nach Errichtung einer bosnischen Landesverwaltung und der Hochschulen in Serajewo müssen die Deutschen, auch dort vorwiegend Beamte, zurücktreten. Mit dem Verschwinden der deutschen Beamten gingen auch gute deutsche Kräfte, die als Kolonisten und Handwerker ins Land gekommen, verloren, wenn nicht noch in letzter Stunde deutsche Schutzvereine eingreifen konnten.

*) Der interessierte Leser wird mit großem Gewinn die ausgezeichnete kleine Studie „Der Gegensatz zwischen Osterreich-Ungarn und Rußland“ von D. Alexander Medlich (Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart) 1915 lesen.

***) Carl von Cserny, „Deutsch-ungarische Beziehungen“ mit einem Vorwort von Graf Stefan Tisza. Verlag von Johann Ambrosius Barth, Leipzig 1915.

Austriacus. „Der Thronfolger, Osterreich und der Krieg“. Internationaler Verlag von Franz Retner, Zürich.

Die Deutsch-Osterreicher, durch die Leistungen des jungen Deutschen Reiches auf allen Gebieten in ihrem Nationalbewußtsein gestärkt, und zum Teil befangen in alldeutschen Gedankengängen, mochten viele Jahre hindurch ihre Aufgabe in der Monarchie nicht darin erschöpft sehen, daß sie als Kulturdünger auf der slawischen Erde dienten. Nur ein Teil in der liberalen Partei fügte sich seinem Schicksal. Die stärksten Elemente lehnten sich gegen die Bestimmung auf und taten dasselbe, was sie Tschechen, Südslawen, Italienern und Rumänen zum Vorwurf machten: sie suchten Anschluß an die Deutschen außerhalb der Monarchie, freilich ohne die rücksichtslose Konsequenz der Slawen, da in ihnen die deutsche Mannentreue zum Fürsten immer wieder siegte über den Mißmut gegen die Bureaucratie. Die alldeutsche Bewegung stellte aber auch sonst keine ernsthafte Gefahr für den Staat dar, da sie im Reich keine Gegenliebe oder doch nur die Gegenliebe jener privaten Kreise fand, die die Vollendung des Reichsbaues großdeutsch auf andere Art erstrebten, als die deutsche Reichsregierung. Im Gegenteil erwuchs aus ihr nur Vorteil für den Staat, in dem Maße, wie die Aufrüttelung der Deutschen eine lebhaftere Entwicklung der Schulen und in deren Gefolge des Genossenschaftswesens, der Gewerbe und Industrie sowie der Heimatsliebe im Gefolge hatte. Politisch kamen sie immer mehr ins Hintertreffen.

Als Alemannen, Bajuwaren, Franken, Sachsen und Schlesier über die geographisch voneinander sehr abweichenden Gebiete Oesterreichs verteilt, zudem konfessionell gespalten, haben ihre einzelnen Teile sich sozial verschieden entwickelt und demgemäß auch ein buntes Getriebe voneinander sich bekämpfenden Parteien erzeugt. Sie alle unter ein politisches Schlagwort zu sammeln, das nicht den Gesamtstaat ins Auge faßte, und zu einer machtvollen Stellungnahme für oder gegen die Regierung zusammenzuschmieden, war schlechterdings unmöglich. Eine solche zersplitterte Nationalität hatte wohl durch die starken Seiten ihrer Rasseeigentümlichkeiten, wie Treue und stetige Arbeitskraft als Reservoir für die Ergänzung einer Schicht von ausgesprochenen Staatsdienern Bedeutung, nicht aber durch die Wucht der Massen für die Ausgestaltung der Kräfte Spannungen innerhalb der Monarchie. Dies gilt auch von der wirtschaftlichen Bedeutung der Deutschen. Sie ist nicht groß genug, um eine Politik zu rechtfertigen, die auf Germanisierung der Slawen hinauslaufen würde, hatte außerdem in der tschechischen Industrie ernste Wettbewerber gefunden. Erst die Entwicklung der sozialdemokratischen Partei in Oesterreich nach Einführung des allgemeinen Wahlrechts hat die Verhältnisse wieder ein wenig zugunsten der Deutschen verschoben, freilich nicht in einem national-separatistischen, sondern in einem sozial verschmelzenden Sinne, der sich je länger um so mehr mit den Aufgaben der Habsburger deckt: im Deutschtum vor allem wurzelte das Oesterreichertum als Staatsidee*).

*) An Literatur zu obigen Ausführungen seien besonders zu empfehlen die gedankenreichen Darlegungen von Professor Dr. Robert Sieger (Graz) im IX. Bande Heft 1/2 der „Zeitschrift für Politik“ (Karl Heymanns Verlag, Berlin): „Der österreichische Staatsgedanke und das deutsche Volk“. Ferner: Dr. B. Wießner „Einführung in die deutsch-österreichische Politik“ (Verlag von Richard Fink, Dresden-Leipzig 1910). Paul Samassa „Der Völkerstreit im Habsburger Staat“ (Dieterichsche Verlagsbuchhandlung, Theodor Weicher, Leipzig 1910). Hermann Ullmann „Die Bestimmung der Deutschen in Mitteleuropa“ (Tat-Flugschriften verlegt bei Eugen Diederichs in Jena 1915).

Nun läßt sich nicht leugnen, daß die ausgleichende Kabinettspolitik auch für ganz unbefangene Beobachter ausfah wie ein ständiges Zurückweichen vor dem radikalen Drängen der Slawen. Der Eindruck wurde verstärkt durch das Triumphgeschrei der jeweiligen Sieger und durch die unaufhörlichen Klagen der Deutschen. Ihre Konsequenzen lagen indessen viel mehr im Gebiet der äußeren als der inneren Politik. Sie wurden der Anreiz für die Feinde Habsburgs, sich in die inneren Verhältnisse der Monarchie zu mischen, durch Anknüpfung an die zentrifugalen Strömungen bei Italienern, Südslawen, Tschechen, Rumänen und Galiziern. Besonders der russische Panflawismus war stark angeregt auf Kosten der Habsburger, eine Lösung der slawischen und russisch-imperialistischen Probleme in seinem Sinne herbeizuführen. Spionage- und Hochverratsprozesse bezeichneten den Weg, der in Serajewo enden sollte, nachdem die wissenschaftliche Forschung vorgearbeitet hatte. Rußlands Beginnen barg größere Gefahren für Habsburg, als sie vielleicht in dem Verlust einiger Grenzgebiete lagen. Indem Rußland versuchte, Habsburg vom Balkan abzubringen, Ostgalizien zu erobern und die Herrschaft über die Adria mit Hilfe Italiens, Montenegros und Serbiens selbst auszuüben, griff es an den Lebensnerv der Monarchie, denn es legte Hand an die historische Mission der Habsburger.

* . *

Aus dem vorangegangenen Überblick ist zunächst eins klar: in der praktischen Politik hat Habsburg in Erfüllung seiner Mission damit fortzufahren oder zu beginnen, alle jene Elemente, die schon an den Gedanken gewöhnt waren durch den Weltkrieg von der österreichischen Führung loszukommen, durch eine entsprechende Hebung ihrer sozialen Verhältnisse und staatsrechtlichen Stellung für den in Habsburg verkörperten österreichisch-ungarischen Staatsgedanken zu gewinnen. Damit kann nicht gesagt sein, daß sie deshalb über die andern Volksteile, die ohnehin Verständnis für den Staatsgedanken durch ihre Haltung vor und während des Krieges bewiesen haben, zur Tagesordnung übergeht und sie preisgibt. Bei der immer schneller vorschreitenden Demokratisierung des politischen Lebens in der Donau-Monarchie und den sehr weit auseinanderstrebenden Wünschen der einzelnen Nationalitäten erscheint die Aufgabe fast wie die Quadratur des Kreises. Sie ist's in der Tat nicht, wäre vielleicht gerade jetzt leichter zu lösen, wenn ein Monarch an der Spitze des Reiches stünde, der bereits als ausgesprochener Führer einer übernationalen Reformpartei anzusprechen wäre, wie es etwa der Märtyrer von Serajewo gewesen. Zu ihm blickte ein im Entstehen begriffenes Staatsvolk mit Vertrauen empor. Als sein politisches Glaubensbekenntnis galt der Satz: „Freiheit und nationales Selbstbestimmungsrecht der Völker einerseits, dauernde Festlegung der das Ganze einschließenden Klammern andererseits“^{*)}. Die Persönlichkeit des jungen Kaisers bietet jedoch manche gute Gewähr dafür, daß sie, wenn sie sich von politischen Ratgebern fern zu halten weiß, die außerhalb Österreichs liegende Interessen verfolgen und bei einiger Standhaftigkeit der Regierung inner- und außenpolitischen Forderungen gegenüber gewisse Hemmungen überwindet.

^{*)} Siehe Freiherr von Chlumetz „Österreichische Rundschau“ vom 15. November 1917, Seite 148.

Die Dinge in Habsburg lägen gar nicht so verwickelt und hätten kein so verzweifelttes Aussehen, wenn von Wien aus für das Gesamtreich oder wenigstens für Oesterreich ähnlich mitreißende Parolen ausgegeben werden könnten, wie es von Budapest aus für Ungarn geschieht. Aber während in Ungarn sich die Magyaren als ein hervorragend starker Typus staatsbildender Elemente zusammenschließen konnten, ehe der Krieg ausbrach, wurde Oesterreich im Zustande der Gährung angetroffen als ein brodelnder Völkerbri, dessen Einzelteile noch zu sehr mit sich selbst beschäftigt waren, als daß sie schon bereit sein konnten, den Staat „durch eine höhere Sehnsucht an die Höhen des Himmels“ zu knüpfen und „ihm eine Beziehung zum Weltall“ zu geben. (Novalis.) Im ungarischen Parlament konnte jüngst der Ministerpräsident Beklerle unter starkem Beifall aussprechen: „Ein engeres Verhältnis mit Deutschland ist aus höheren volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten wichtig. Wenn wir Teilhaber des großen wirtschaftlichen Verkehrs sein wollen, der sich von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer und auch darüber hinaus bis nach Kleinasien hinein erstreckt, dann müssen wir uns dementsprechend wirtschaftlich einrichten“. Von österreichischer Seite haben wir solch ein zielweisendes Wort von verantwortlicher Stelle noch nicht gehört. Und doch bedarf es auch dort nicht mehr als eines freien Bekenntnisses zur Fortführung der seit fünfzig Jahren betriebenen Politik nur mit zeitgemäßen Mitteln.

Was aber war denn der Sinn dieser Politik? Der Schwede Kjellén erfagt ihn mit folgenden Sätzen: „Um Europas willen, als Schutzwehr seiner Kultur gegen gefährliche Feinde im Osten wurde . . . der österreichische Staat gegründet, und diesen Charakter hat er durch alle Zeiten behalten. Selten ist eine Staatenbildung in der Geschichte mit einer so ausgeprägten politischen Mission hervorgetreten Aber dieses Programm selber hat jetzt seine Front geändert. Die türkische Expansionskraft ist längst gebrochen, von der Balkanhalbinsel wird nunmehr die Kultur Europas nicht mehr bedroht, aber statt dessen hat sich eine größere Gefahr direkt im Osten von der Großmacht der Slawen hervorgehoben. Gegen diese Gefahr deckt Oesterreich-Ungarn nun Zentraleuropa. Die Frontstellung gegen Rußland, völkerrechtlich sanktioniert durch das Bündnis mit dem neuen Deutschland . . . ist jetzt der wichtigste äußere Zug seines Gesichtes. Europas Wachtposten im Osten und sein Buffer gegen niedrige Kulturen: das ist die geschichtliche Signatur und das politische Pathos der ältesten Großmacht“ *).

Die Entwicklung des Krieges, seine Ausdehnung auf Italien und Rumänien, die Niederwerfung Serbiens und Montenegros, Bulgariens Beitritt und die Verdrängung der Italiener aus österreichischem Gebiete mit deutscher Hilfe, wo nicht unter deutscher Anleitung, haben der habsburgischen Mission dann die näheren praktisch-politischen Ziele gewiesen, freilich auch den bündigen Beweis dafür erbracht, daß diese Ziele nur in engster über den Krieg hinausgehender Verbindung mit dem Deutschen Reiche erreichbar bleiben. Der Krieg hat aber auch unzweideutig bewiesen, daß die Frontstellung Oesterreich-Ungarns gegen Rußland eine erhöhte Sicherung seiner Stellung auf dem Balkan und in Rumänien bedingt, während der direkte Kampf gegen Rußland Deutschland obliegt. Nicht nur die technische Organisation der Kriegsmittel mit Einschluß der Eisenbahnen weist darauf hin; die könnten nach

*) „Die Großmächte der Gegenwart“.

den Erfahrungen des Krieges Oesterreicher und Ungarn vielleicht auch ohne unsere Mitwirkung den neuen Verhältnissen entsprechend ausgestalten. Schwerer scheint mir der Zustand zu wiegen, in dem die Völker Habsburgs in ihren Beziehungen zueinander sich befinden: die zentrifugalen Strömungen bei Ungarn und Südslawen, die Selbstständigkeitsbestrebungen bei den Tschechen, das Mißtrauen der Deutschen sind gegen sie. Alle die hierin zum Ausdruck kommenden Gegensätze sind so wenig im Handumdrehen zu beseitigen so wenig plötzlich sie entstanden sind. Es bedarf schon starker Parolen, um die Völker aus ihren Einzelsorgen aufhorchen zu machen; es bedarf Schonung vieler wunder Stellen, um die gereizten, ja überreizten Nerven nicht schmerzhaft zu berühren und springen zu lassen. Nach solchen Erwägungen wird es verständlich, wenn gerade Graf Czernin, der Tscheche, dessen Volksgenossen doch recht rigoros mit fremden Nationalitäten umspringen, sowohl in seinen Parlamentsreden, wie bei den Friedensverhandlungen mit Rußland die Formel vom Selbstbestimmungsrecht der Völker stärker hervorhebt, wie uns Reichsdeutschen nützlich erscheint. Graf Czernin spricht dennoch weiten Kreisen besonders in Oesterreich aus der Seele. Dort macht sich nicht nur bei den Slawen, sondern auch bei den Deutschen eine starke Strömung gegen die alten Nationalitätenkämpfe bemerkbar, sicher ein Ergebnis der Erkenntnis von Habsburgs Mission!

* * *

Der Zusammenhang zwischen auswärtiger und innerer Politik mußte in dem Boraufgegangenen etwas stärker betont werden, als es vielleicht die Aufgabenstellung auf den ersten Blick notwendig erscheinen ließ, weil erst daraus klar hervorgeht, welche realen Kräfte Oesterreich-Ungarn für seine Außenpolitik nach dem Kriege zur Verfügung stehen werden, wodurch sich dann auch die Kraft ermessen läßt, mit der es das eine oder andere Ziel verfolgen kann. Alle Probleme der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns sind durch die Eigenart der Konstruktion des Reichs zugleich in viel höherem Maße Fragen der inneren Politik wie etwa in Deutschland. Die Frage der Gestaltung seiner künftigen Beziehungen zu Serbien und Montenegro ist für Habsburg auf das engste verknüpft mit dem innerpolitischen südslawischen Problem; die Grenzsicherungen gegen Rußland berühren nicht allein militärische Seiten der inneren Politik, sondern auch und in viel höherem Maße den Territorialbestand des Reiches durch die Polen- und Ruthenenfrage, während die Frage eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses mit Deutschland geeignet ist, die gesamte sozial-kulturelle Entwicklung der Völker Habsburgs für immer auf das tiefste zu beeinflussen. Dies Sineinandergreifen inner- und außenpolitischen Probleme bedingt es, daß die Neuordnung des staatsrechtlichen Aufbaues der Monarchie und der Beziehungen der einzelnen Nationalitäten zueinander nach jeder Richtung hin ein Punkt erster Ordnung im Kriegszielprogramm Habsburgs sein muß.

Welchen Weg die Regierungen Oesterreich-Ungarns gehen wollen, um eine praktisch brauchbare Daseinsform zu finden ist angezeigt in der festen Betonung des Selbstbestimmungsrechts der Völker durch den Grafen Czernin in der Delegation. Daß aber die Magyaren in Ungarn sich ebenso leicht diesen angeblichen Anforderungen der Zeit anpassen würden, wie die Deutschen es unter grundverschiedenen Verhältnissen in Oesterreich zu tun für richtig finden, ist geradezu unwahrscheinlich. Denn gerade der ungarische Staat, in dem die

Magyaren zahlenmäßig eine Minderheit gegenüber Slowenen, Rumänen, Tschechen und Deutschen bilden, müßte die größten, an den Grundlagen ihres zentralistischen Staates rührenden Konzessionen machen, wollte er die Formel Czernins, die diejenige der Russen, Wilsons und der Sozialdemokraten Österreich-Ungarns ist, glatt annehmen. Aber wo schließlich ein Ausgleich gefunden werden muß, wie hier, wo die beiden Staaten aufeinander angewiesen sind, da wird auch ein Weg erkundet werden, wenn wir ihn heute auch noch nicht sehen. Die Gedanken, die in Beckerles schon erwähnten Worten, daß ein engeres Verhältnis mit Deutschland aus höheren volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten wichtig sei, gipfeln, schließen aus diesem Zusammenhange heraus nicht nur weltwirtschaftliche Probleme ein, sondern und in erster Linie meinen sie das innerpolitische Problem der Schaffung eines ungarischen Staatsvolkes durch Industrialisierung des Landes und in dessen Folge soziale Hebung der zurückgebliebenen Völkerschaften. Es ist bekannt, daß die Magyaren sich bisher als staatsbildendes Volk außerordentlich bewährt haben; zu untersuchen, ob ihre Kräfte auch in Zukunft ausreichen würden ihren Staatsgedanken den anderen Völkern aufzuzwingen, ist hier nicht der Ort. Augenscheinlich wollen sie ihre Kräfte noch mehr wie bisher zusammenfassen, wenn sie gerade jetzt danach streben ihr Verhältnis zu Österreich auf einer andern Grundlage aufzubauen, als es der Ausgleich von 1867 war. Die im vorigen Jahre eingeleitete Wahlrechtsreform, die ein allgemeines Stimmrecht vorsieht, soll nach Ansicht so tüchtiger Kenner der ungarischen Verhältnisse, wie Emil Neugeboren*) die überragende Stellung der Unabhängigkeitspartei nach sich ziehen, die neben der eigenen Armee, das Sonderzollgebiet und eine eigene Notenbank anstrebt**). Angesichts der großen innerpolitischen Aufgaben, die dergestalt der Ungarn harren, ist es wohl verständlich, daß sie danach trachten zwischen sich und Rußland einen befreundeten Staat zu schieben, wie es ein mit Österreich verbundener Polenstaat sein könnte. Hieraus wird auch der Ungarn Interesse am Zustandekommen der austropolnischen Lösung begreiflich.

Herrscht nun schon in einer so wichtigen Frage, wie der österreichisch-ungarische Ausgleich es ist, unter den regierenden Faktoren keine Übereinstimmung, so darf man auch kaum erwarten, daß man sich in Wien ganz klar darüber ist, was in der auswärtigen Politik erreicht werden kann. Kurz vor Ausbruch des Weltkrieges erlebte eine in politischer Hinsicht recht naive Schrift von Octavius „Groß-Habsburg das Resultat des russisch-österreichischen Krieges 1918“ fünf Auflagen, die das österreichisch-ungarische Kriegsziel also umschrieb: „Der Niederbruch der russischen Großmacht verursachte eine wesentliche Neugestaltung der europäischen Machtverhältnisse. Es gab nunmehr Großmächte mit sichtbar aufsteigender Macht- und Kulturentwicklung und solche, welche den Höhepunkt staatlicher Führergeltung bereits überschritten hatten. Zu den Großstaaten mit aufwärts gerichteter Evolutionsturve zählten 1918: Groß-Habsburg mit 99 Millionen Einwohnern, das deutsche Reich mit 71 Millionen . . . starken Bevölkerung . . .“***) Eine der Schrift beigelegte Karte zeigt die Ukraina in ihrer vollen ethnographischen Ausdehnung als Bestandteil der Habsburgischen Monarchie. Diesem vor vier Jahren aufge-

*) „Österreichische Rundschau“ v. 1. Nov. 1917 S. 107.

***) E. Treumund, ebenda v. 15. Jan. 1918 S. 61.

****) Kratau 1914. Druck und Verlag von W. Deutscher. S. 50.

stellten Ziel steht heute ein Wunsch des Sozialdemokraten Karl Renner gegenüber, der aus dem Reich „das Bild einer kleinen Internationale, deren Formen sich dereinst in der Organisation der gesamten Weltwirtschaft wiederholen sollen“*), machen möchte. Beide Ziele deuten ebenso wie Hanslik's Nachweis des Habsburgischen Kultureinflusses auf eine recht kräftige Entwicklung imperialistischer Neigungen seien sie bisher auch nur erst im Unterbewußtsein vorhanden. Jene deutschen politischen Kreise, die gleich den Polen von der dualistischen Form zum Trialismus übergehen möchten, denken vielleicht nicht ganz so großhabsburgisch, sondern ebenfalls wie die Polen zuerst an die Sicherung ihres nationalen Einflusses in Westösterreich, wiewohl eins das andere nicht auszuschließen braucht. Ganz großhabsburgisch denken dagegen jene Gruppen, die die Form des Vierbundes vertreten, wobei den zu einem nationalen Staatswesen zusammengefaßten Serben, Kroaten, Slovenen und Dalmatinern die Aufgabe zufiele, die Adria gegen die Italiener zu erobern und für Habsburg im wirtschaftlichen Kampfe zu halten. Schließlich besteht die Forderung, Österreich-Ungarn in einen Bundesstaat der Nationalitäten umzuwandeln. Hiernach würden also auch die Tschechen ein eigenes Staatswesen begründen können und es wäre ein weiter Rahmen geschaffen, noch andere Nationalstaaten, etwa Bulgarien und Rumänien, in den Bund einzubeziehen.

Neben diesen sehr weit auseinanderstrebenden Meinungen scheint sich als einzige von allen Kreisen gleich klar erkannte Aufgabe die Forderung nach sozialer Hebung der Völker Habsburgs durch Industrialisierung eingestellt zu haben. Aber den sichersten Weg dazu — die wirtschaftliche Annäherung an Deutschland — fürchten sich noch viele Kreise zu betreten.

Die österreichisch-ungarische Regierung hat zur Gesamtheit dieser Fragen bisher nur in sehr vager, meist negativer Form Stellung genommen. Aus ihren Kundgebungen läßt sich zwar entnehmen, daß sie den Staat den durch die Ergebnisse des Weltkrieges gezeitigten Anforderungen anzupassen gedenkt; aber wie, auf welchen Wegen, mit welchen Mitteln es geschehen soll, erkennen wir noch nicht. Nur soviel ist klar erkennbar, daß in Österreich keine Nationalität ein Vorrecht vor der andern haben soll, während in Ungarn das Magyarentum ausdrücklich als vorherrschende Nationalität anerkannt bleiben will. In allen übrigen Fragen scheint die Methode beibehalten werden zu sollen, die schon seit Jahren angewendet wird: nicht die Regierung weist zu großen Zielen den Weg, sondern sie läßt sich von den wechselnden Verhältnissen treiben. Eine solche Politik hindert nicht Einzelfragen auf der Linie des geringsten Widerstandes mit einer gewissen rücksichtslosen Energie im Sinne der Monarchie zur Entscheidung zu bringen, wie wir es bei Behandlung der Polenfrage bemerken. Aber sie ist auch der Ausgangspunkt für Pessimismus und innere Zerfetzung, und sie bildet, wie wir gesehen haben, auf die böswilligen Nachbarn den stärksten Anreiz die innerpolitischen Verhältnisse zu beeinflussen. Die Hoffnung Trotzis auf einen Sieg der Revolution in Österreich-Ungarn ist die beste Illustration dazu. Solche Politik hindert durchaus nicht, Einzelerfolge auf internationalem Gebiet hereinzubringen. Auf solche Einzelerfolge aber scheint besonders Graf Czernin auszugehen. Sein Kriegsziel scheint zu sein, nicht eine organische Ausgestaltung der abgeschlossenen Epoche von Habsburgs

*) Österreichs Erneuerung. S. VII.

Balkanpolitik, was eine Lösung der südslavischen Frage zur Voraussetzung hätte, sondern die Gewinnung von Rechtstiteln von Freund und Feind auf allen Grenzen, mit denen sich unter friedlicheren Verhältnissen Handel treiben ließe.



König Konstantins Sturz

Von Universitätsprofessor Dr. Engelbert Drerup



Im Weltkriege vergift man schnell, da stets neue gewaltige Ereignisse und politische Sensationen schon die jüngste Vergangenheit verdecken und so auch das, was eben noch als ein allerschmählichstes Unrecht erschien, als etwas Unabänderliches, fast schon Gleichgültiges hinnehmen lassen. Um so wichtiger ist es, von Zeit zu Zeit den Blick rückwärts zu richten und einzelne Geschehnisse, die in dem gewaltigen Völkerringen als Höhepunkt und Abschluß einer Entwicklung aufragen, schärfer ins Auge zu fassen, als das im Strudel der sich überstürzenden alltäglichen Dinge möglich ist. So steht in dem Kampfe, den der Vielverband heute gegen die noch neutralen Staaten führt, um sie an seiner Seite in den Krieg hineinzuzwingen, als warnendes Beispiel aufgerichtet das tragische Schicksal des kleinen Griechenlands, das seine durch fast drei Jahre ängstlich behütete Neutralität schließlich mit vollem Zusammenbruche und Auslieferung auf Gnade und Ungnade an die Willkür der Entente bezahlen mußte. Seinen vorläufigen Abschluß hat dieses Volksdrama, dessen frühere Phasen ich in meinen „Griechen von heute“ (W.-Glabach 1917) kurz geschildert habe, in der Enthronung König Konstantins gefunden, die im Juni des vorigen Jahres nicht nur bei den Mittelmächten, sondern auch bei den Neutralen einen Schrei des Entsetzens ausgelöst hat.

Was damals die Zeitungen zu berichten wußten, stammte durchweg aus den gefärbten Mitteilungen feindlicher Telegraphenagenturen, die den flagranten Bruch des Völkerrechtes natürlich auf alle Weise zu beschönigen suchten: unsere unmittelbare Verbindung mit Griechenland war ja bereits seit einem Jahre, seit der Ausbreitung der Carrail-Armee auf Florina und Kastoria, abgerissen. Nachdem aber König Konstantin mit seinem Gefolge den gastlichen Boden der — noch freien — Schweiz betreten hat, war auch die Möglichkeit authentischer Aufklärung gegeben, die nun in der Tat nicht lange auf sich hat warten lassen. Diese Aufklärung bietet eine kleine Schrift „Le départ du roi Constantin. Vérités inédites. Documents“ (Publication de l'„Union hellénique de Suisse“. Genève 1917. 48 S.), die ich der Güte von Dr. Streit, Minister des königlichen Hauses von Griechenland, verdanke. In dem vom 15. Juli 1917 datierten Vorworte der Broschüre, die die inhaltschwereren Tage vom 10. bis 14. Juni 1917 schildern will, versichert der ungenannte Verfasser, daß er seine Informationen den authentischsten Quellen entnehme („aux sources les plus autorisées, quant à ce qui concerne notamment le côté diplomatique“) und im übrigen nur das erzähle, was er mit eigenen Augen gesehen oder durch detaillierte Berichte griechischer Zeitungen erfahren habe. Kurze Notizen, die von der herausgebenden Gesellschaft beigelegt worden sind, verweisen auf wichtige Vorkommnisse der späteren Entwicklung, wodurch die Hinterhältigkeit und Wortbrüchigkeit der „Schutzmächte“ in ein helles Licht tritt. —